

Zahl der Vollgeschoße

Grundflächenzahl

Bauweise

Grundflächenzahl

Geschoßflächenzahl

Offene Bauweise

1. Planungsrechtliche Festsetzungen Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Änderungs-und

Baugrenze

Bestehende Nebengebäude

Bestehende Grundstücke mit Flurnummer

______Bestehende Grundstücksgrenzen

Straßenverkehrsflächen

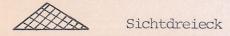
Straßenbegrenzungslinien

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt sowie Beschränkung der Pflanz-höhe

Umgrenzung von öffentlichen Flächen zum Anpflanzen von Bäumen o o o o und Sträuchern

Maßangabe in Meter

Höhenschichtlinie mit Angabe der Höhe über NN



BEGRÜNDUNG

Die Änderung des Bebauungsplanes wurde erforderlich, nachdem aufgrund

Geschoßflächenzahl

Allgemeines Wohngebiet

Zulässiges Höchstmaß der Vollgeschoße

Erweiterungsplanes 3

Bestehende Hauptgebäude

a) Auf den Grundstücksflächen zwischen den Verkehrsflächen und den vorderen (straßenseitigen) Baugrenzen sind nur Einfriedungen, Müllboxen, die im Zusammenhang mit den Einfriedungen errichtet werden, Nebenanlagen und Stellplätze für Kraftfahrzeuge zugelassen, wenn die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gewährleistet ist.

maximal 30 m² Grundfläche zugelassen.

der Erschließungsbeiträge keine 3-geschoßige Bebauung möglich ist. Die

Änderung bezieht sich auf den Bereich westlich der Waldstraße von der

Flur-Nr. 739/5 bis Flur-Nr. 739/13.

1.1 Art und Maß der baulichen Nutzung

1.2 Überbaubare Grundstücksflächen

a) Ausnahmen sind allgemein zugelassen.

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

DER FASSUNG VOM 27.01.90.

Eggerstalstraße bis einschl. Flur-Nr. 778/17 und den südlichen Bereich

RECHTSGRUNDLAGEN FOR DIE PLANUNGS- UND BAUORDNUNGSRECHTLICHEN FESTSETZUNGEN

SIND DAS BAUGESETZBUCH (BaugB) IN VERBINDUNG MIT DER LANDESBAUORDNUNG (LBauO)

IN DER AB 01.07.87 GULTIGEN FASSUNG UND DER BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BauNVO) IN

b) Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen sind eingeschoßig bis

b) Bei den Baugrundstücken, wo die vorderen (straßenseitigen) Baugrenzen einen größeren Abstand als 5,50 m zu den Verkehrsflächen haben, sind auch Garagen mit ihren Torseiten auf den in Ziffer 1.2 a angeführten Grundstücksflächen zulässig, wenn vor den Garagentoren ein Stauraum von mind. 5,50 m vorgesehen ist und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gewährleistet ist.

c) Bei sehr schwierigen Geländeverhältnissen (z. B. stark abfallendes Gelände) können für Garagen (Torseiten) Ausnahmen von den Ziffern 1.2 a und 1.2 b zugelassen werden, wenn neben den Garagen Stellplätze in entsprechender Anzahl nachgewiesen werden und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gewährleistet ist.

Aufgrund der Bestimmungen des Bundesfernstraßengesetzes §§ 1 und 11 und des Landesstraßengesetzes §§ 2, 26 und 27 für Rheinland-Pfalz vom 15.02.1963 ist das Sichtdreieck von jeglicher Bebauung freizuhalten. Die Einzäunung und Bepflanzung darf nicht höher als 1 m sein.

2. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

2.1 Dachneigung

- Auf der linken Seite der Waldstraße -von Einmündung B 270 her gesehendarf die Dachneigung maximal 30° betragen, auf der rechten Seite der Waldstraße sowie auf der linken Seite der Eggerstalstraße 50° maximal.
- a) Ausnahmen von den festgesetzten Dachneigungen können für Anbauten (Nebentrakte) eines Hauptgebäudes zugelassen werden, wenn sie sich dem Erscheinungsbild des Hauptgebäudes (Hauptkörper) unterordnen.
- b) Die festgesetzten Dachneigungen gelten nicht für Garagen und untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen.

Für die planungs- und bauordnungsrechtlichen textlichen Festsetzungen:



- 1. Der Ortsgemeinderat hat am . 26./11.1990 die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen (§ 2 BauGB).
- 2. Der Beschluß, diesen Bebauungsplan aufzustellen, wurde am 13.12.1770 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 BauGB).
- 3. Die Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, wurden mit Schreiben vom 30.03.1991 bei der Aufstellung dieses Bebauungsplanes beteiligt (§ 4 BauGB).

vom Gemeinderat am 9.09.92 geprüft wurden. Das Ergebnis der Prüfung wurde den jenigen, die Bedenken und Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom . 29.10.92 mitgeteilt.

- 4. Die Beteiligung der Bürger an dieser Bebauungsplanung wurde am 30.03.1994 in Form Aubstragsschaftendurchgeführt (§ 3 BauGB). 113 46s. 2 BauGB
- 5. Der Gemeinderat hat am die Annahme und öffentliche Auslegung dieses Bebauungsplanes beschlossen (§ 3 BauGB).

Der Bebauungsplan einschließlich den planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen und der Begründung hat in der Zeit vom (Arbeitstag) bis einschließlich (Arbeitstag) öffentlich ausgelegen (§ 3 BauGB).

Die nach § 4 Abs. 1 BauGB beteiligten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vomvon der Auslegung benachrichtigt (§ 3 BauGB).

Während der Auslegung gingen Bedenken und Anregungen ein, die vom Gemeinderat am geprüft wurden. Das Ergebnis der Prüfung wurde denjenigen, die Bedenken und Anregungen vorgebracht haben, mit Schreiben vom mitgeteilt (§ 3 BauGB).

6. Der Ortsgemeinderat hat am 09.09.1992 diesen Bebauungsplan einschließlich den planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen als Satzung beschlossen (§ 10 BauGB i. V. mit § 86 LBauO).



7. Genehmigungs / Anzeigevermerk (§ 11 BauCB

7. Diese Satzung wurde am 30.10.1992 vom Ortsbürgermeister unterzeichnet und erhält somit gem. § 10 der DVO zu § 27 GemO das Datum vom 30.10.1992

8. Der Bebauungsplan wurde am 12.11:1992 ortsüblich angezeigt (§ 11 BauGB). Mit dieser Bekanntmachung ist der Bebauungsplan einschließlich den planungs- und

bauordnungsrechtlichen Festsetzungen rechtsverbindlich (§ 12 BauGB).

EGGERSTAL ÄNDERUNGS - UND **ERWEITERUNGSPLAN 3"**

M 1:1000

GEMEINDE

OTTERBACH

BEBAUUNGSPLAN

"AM ROTENBERG UND

Zeichen Datum geändert: Maßstab: